

# Rostocker **Roter** Leuchtturm

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei in der Hansestadt Rostock – Nr. 1, Jahrgang 1, Aug. 2023

*Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein*



## **DER NEUE KRIEGSHAUSHALT DER AMPELKOALITION**

*Die DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ nahm den Bundeshaushalt für 2024 als Instrument des weiteren Sozialabbaus und der Kriegsvorbereitung aufs Korn:*

Tatsächlich ist der vom Finanzminister Lindner sogenannte „Sparhaushalt“ nicht die passende Kategorie für den kommenden Etat. Es handelt sich vielmehr um einen Kriegshaushalt. Um steigende Rüstungsausgaben, den Schuldendienst für die „Sondervermögen“ und den selbstverschuldeten Wirtschaftskrieg bei gleichzeitiger Einhaltung der „Schuldenbremse“ zu finanzieren, wird bei Sozialleistungen, im Bildungssektor oder bei Gesundheit und Pflege gespart. Im August soll das sogenannte „Haushaltsfinanzierungsgesetz“ vorgelegt werden, um die Einsparungsmaßnahmen zu konkretisieren, die bisher nur als abstrakte Zahlenspielerien vorliegen. Davon sind zum Beispiel die geplanten Kürzungen bei den



Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) betroffen. Bei den Mitteln für Studierende sollen 440 Millionen Euro gestrichen werden; der Posten für Schülerinnen und Schüler soll um 212 Mio. Euro reduziert werden. „Die BAföG-Bedarfssätze liegen schon heute deutlich unter dem Existenzminimum“, kritisierte Andreas Keller von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). [...] Ein ähnliches Schicksal erwartet das sogenannte „Startchancen-

programm“. Damit sollten nach dem Willen der Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) 4.000 Schulen in „sozialen Brennpunkten“ gefördert werden. Von einer „Bildungsmilliarde“ war die Rede, obwohl nach Meinung von Experten mindestens zwei Milliarden nötig wären, um Wirkung zu zeigen. Für das kommende Jahr ist die „Bildungsmilliarde“ nun auf 500 Millionen Euro geschrumpft.

## **Nein zur NATO in Rostock**

Die Deutsche Marine baue, so die SVZ bereits 2018, einen „einzigartigen Führungsstab für den Ostsee-Flottenverband“ auf - womit, aus NATO-Sicht, eine Lücke in der sog. euroatlantischen Sicherheitsarchitektur geschlossen würde. Die NATO-Kriegspolitik im Ostseeraum, nun

unter unmittelbarer Beteiligung Finnlands und Schwedens, geht also nicht auf Russlands Eingreifen in der Ukraine zurück. Die DKP MV stellte 2018 fest: „Wir geben uns keinen Zweifeln darüber hin, dass die Aufwertung der Bundeswehr- und NATO-Militärpräsenz in Rostock zu einer

Militarisierung der Stadtgesellschaft führt.“ Vor einigen Wochen wurde in Rostock die UDT-Messe durchgeführt, und Friedrich Merz ruft zur Streichung aller Zivilklauseln an Universitäten auf, auch in Rostock. Wir sagen: Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein!

## NEUE STRAßENBAHN

Die RSAG plant eine neue Linie in Reutershagen. Dies sorgt für Zündstoff, da in den aktuellen Plänen eine hohe dreistellige Zahl an Kleingartenparzellen geopfert werden müsste. Es gilt nun Alternativen zu prüfen. Öffentlicher Personennahverkehr, Natur und Freizeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

## WIRO MACHT MILLIONEN

Trotz der schwierigen Lage 2022 verzeichnet die größte Wohnungsbaugesellschaft MVs einen Überschuss von 29,3 Mio. €. Die Stadt Rostock erhält als alleinige Gesellschafterin der WIRO 15,8 Mio. € zur Verfügung. Grund sind steigenden Mieten, wie die „sozial“ angepriesenen 10 Euro Erhöhung, die die Mieter mind. alle drei Jahre treffen.

## PREISE SINKEN

Gute Nachrichten für Verbraucher. Die Rostocker Stadtwerke senken die Preise: für Gas um ein Drittel und für Strom bis zu einem Viertel. Mit diesem Vorhaben stehen die Stadtwerke im Land allein da. Die meisten Stadtwerke, wie in Neubrandenburg oder Greifswald sehen keine Möglichkeiten der Preissenkung.

## ARBEIT & SOZIALES

### Krankenhauspersonal geht die Puste aus

Die Corona-Pandemie hat die Missstände im Gesundheitswesen schonungslos aufgedeckt und lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Das Gesundheitswesen gehört in öffentliche Hand. Nach aktuellen Umfragen will ein Drittel aller Pflegekräfte den Beruf verlassen. Die ständige Überlastung macht krank. 600.000 Pflegekräfte arbeiten nicht mehr in ihrem erlernten Beruf. Um das zu stoppen, brauchen wir bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, nicht nur in der Pflege, sondern in allen Berufen im Gesundheitswesen. Dazu gehört an erster Stelle die Einführung einer gesetzlich verbindlichen

Personalbemessung. Auch in Rostocker Krankenhäusern macht das Personal Überstunden. Einige Krankenhäuser haben es bereits geschafft, Personalbemessungen durchzusetzen. Dies gilt als Vorbild für kommende Tarifeinsetzungen.

Für die Altenpflege braucht es einen bundesweit einheitlichen Tarifvertrag mit guten Löhnen und Arbeitszeiten. Im vergangenen Jahr sind über 20 Krankenhäuser geschlossen worden. Betten und Kapazitäten, die dringend benötigt werden, wurden abgebaut. Inmitten der Pandemie kündigten Krankenhauskonzerne Massenentlassungen von Servicekräften an. Wir brauchen eine wohnortnahe Kranken-

hausversorgung, kein Haus darf schließen, auch wenn es Gesundheitsminister Lauterbach mit seiner sogenannten „Reform“ wünscht. Die größtenteils aus den Betrieben ausgelagerten Servicekräfte müssen wieder eingegliedert werden. Das Prinzip „Ein Haus – Ein Arbeitgeber – Ein Tarifvertrag“ muss wieder durchgesetzt werden.

Mit der Einführung der Fallpauschalen (DRG) ist Gesundheit zur Ware geworden. Allein im Pflegebereich wurden innerhalb von fünf Jahren 33.000 Stellen abgebaut. Die Fallpauschalen sind der große Privatisierungshebel. Kliniken, die am Personal sparen, machen Gewinne – Wer gute Versorgung garantiert, schreibt rote Zahlen.

**UZ – unsere zeit**  
**Sozialistische Wochenzeitung**  
**6 Wochen gratis probelesen**

CommPress Verlag GmbH .  
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen  
Tel: 0201 - 17 78 89 - 23. Fax: - 28.  
E-Mail: [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)  
[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)



**Druckausgabe und online!**



Name

Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Das Abo endet automatisch. Der Verlag darf mich nach meiner Meinung zur UZ befragen.

## THEORIE & PRAXIS

### Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (Teil 1)

In Nr. 40 des "Sozial-Demokrat" teilten wir mit, dass die Konferenz der Auslandssektionen unserer Partei beschlossen hat, die Frage der Losung "Vereinigte Staaten von Europa" bis zur Erörterung ihrer ökonomischen Seite in der Presse zu vertagen.

Die Diskussion über diese Frage hatte auf unserer Konferenz einseitig politischen Charakter angenommen. Das war zum Teil vielleicht dadurch hervorgerufen, dass diese Losung im Manifest des Zentralkomitees direkt als politische Losung formuliert ist ("die nächste politische Losung ..." - heißt es dort), wobei nicht nur von republikanischen Vereinigten Staaten von Europa gesprochen, sondern noch speziell betont wird, dass diese Losung sinnlos und verlogen ist, "wenn die deutsche, die österreichische und die russische Monarchie nicht auf revolutionärem Wege beseitigt werden."

Gegen eine solche Fragestellung im Rahmen der politischen Beurteilung dieser Losung zu polemisieren - z. B. von dem Standpunkt aus, dass sie die Losung der sozialistischen Revolution verdunkle oder abschwäche u. dgl. mehr, wäre vollkommen falsch. Politische Umgestaltungen in wahrhaft demokratischer Richtung, erst recht aber politische Revolutionen können keinesfalls und niemals, unter keinen Umständen die Losung der sozialistischen Revolution verdunkeln oder abschwächen. Im Gegenteil, sie bringen sie stets

näher, verbreitern ihre Basis, ziehen neue Schichten des Kleinbürgertums und der halbproletarischen Massen in den sozialistischen Kampf hinein. Andererseits aber sind politische Revolutionen unvermeidlich im Verlauf der sozialistischen Revolution, die man nicht als einzelnen Akt betrachten darf, sondern als eine Epoche stürmischer politischer und ökonomischer Erschütterungen, des schärfsten Klassenkampfes, des Bürgerkriegs, der Revolutionen und Konterrevolutionen betrachten muss.



Ist jedoch die Losung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa im Zusammenhang mit dem revolutionären Sturz der drei reaktionärsten Monarchien Europas, an ihrer Spitze der russischen, völlig unanfechtbar als politische Losung, so bleibt doch noch die sehr wichtige Frage nach dem ökonomischen Inhalt und Sinn dieser Losung. Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die

"fortgeschrittenen" und "zivilisierten" Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär. Das Kapital ist international und monopolistisch geworden. Die Welt ist aufgeteilt unter ein Häuflein von Großmächten, d. h. von Staaten, die in der großangelegten Ausplünderung und Unterdrückung der Nationen die größten Erfolge zu verzeichnen haben. Die vier Großmächte Europas: England, Frankreich, Russland und Deutschland, mit einer

Bevölkerung von 250-300 Millionen und einem Territorium von etwa 7 Millionen Quadratkilometern, verfügen über Kolonien mit einer Bevölkerung von fast einer halben Milliarde (494,5 Millionen) und einem Territorium von 64,6 Millionen Quadratkilometern, d.h. fast über den halben Erdball (133 Millionen Quadratkilometer ohne Polargebiet). Man nehme noch die drei asiatischen Staaten China, die Türkei und Persien hinzu, die jetzt von den einen "Befreiungs"krieg führenden Räubern, nämlich von Japan, Russland, England und Frankreich, in Stücke gerissen werden. Diese drei asiatischen Staaten, die man als Halbkolonien bezeichnen kann (in Wirklichkeit sind sie jetzt zu neun Zehnteln Kolonien), haben eine Bevölkerung von 360 Millionen und eine Gesamtfläche von 14,5 Millionen Quadratkilometern (d.h. fast eineinhalbmals soviel wie die Gesamtfläche von ganz Europa).

*Teil 2 folgt in der nächsten Ausgabe*

## **NEIN ZUM LNG- TERMINAL IN ROSTOCK**

Die DKP Rostock kritisiert die Pläne, am Rostocker Übersee-hafen ein LNG-Terminal zu errichten, scharf. Wie der NDR am 25. Mai 2023 berichtete, soll hier „vergleichsweise wenig Flüssigerdgas umgeschlagen werden“, nämlich jährlich 800.000 t, also 1,5 Mrd. Kubikmeter Gas, rund ein Zehntel der Menge, die auf Rügen künftig ins Netz eingespeist werden soll. Noch am 19. Mai hatte die Bundesregierung offiziell zum LNG-Beschleunigungsgesetz behauptet: „Die ursprünglich ebenfalls in Betracht gezogenen Standorte in Hamburg und Rostock wurden aus dem Anwendungsbereich des

Gesetzes gestrichen. Fortschreitende Planungen und neue Erkenntnisse haben zu dem Ergebnis geführt, dass dort eine Anlandung und Einspeisung von Flüssigerdgas nicht realisiert werden kann.“ Dass nun auch Rostock ein solches Terminal aufgezwungen werden soll, zeigt die Bereitschaft der Ampelkoalition, aber auch der rot-roten Koalition auf Landesebene, dem Land und der Bevölkerung von MV neue Lasten nicht zuletzt in Gestalt der Inkaufnahme gravierender Umweltzerstörung zuzumuten – mit der Begründung der Notwendigkeit, die volkswirtschaftlichen Schäden auszugleichen, die die eigene Politik verursacht. Die von SPD und Grünen konzipierte deutsche

Energiewende schlägt nun, in Anbetracht der fanatischen Versuche, sich von Russland energiepolitisch abzukoppeln, auch klimapolitisch ins Absurde um: Es wird zum Anliegen der Sicherheit erklärt, auf Energieträger, wie auch Kohle, zu setzen, die noch vor kurzem als „Klimakiller“ verurteilt wurden, Wir treten für eine flächen-deckende Energieversorgung der Bevölkerung ein. Gerade deshalb lehnen wir Projekte ab, die aus unserer Sicht keinerlei Perspektiven einer Reindustrialisierung der Region bieten, stattdessen aber die Lebensgrundlagen der Bevölkerung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gefährden.

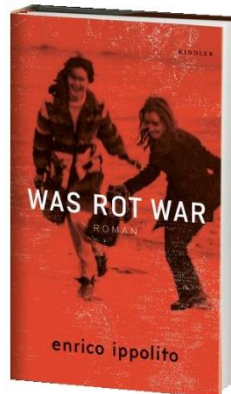
---

## **TERMINE**

- 09. August 2023, 18:30 Uhr  
Mitgliederversammlung der DKP  
Rostock
- 18. August 2023, 17:30 Uhr  
Gedenken an Ernst Thälmann,  
Thälmann-Denkmal in  
Reutershagen
- 23. August 2023, 18:30 Uhr  
Bildungsabend der DKP Rostock
- 25. August 2023, 18:00 Uhr  
Buchvorstellung und Gespräch  
mit Lou Zucker, Autorin von  
„Clara Zetkin – eine rote  
Feministin“ im Peter-Weiss-Haus
- 01. September 2023  
Weltfriedenstag
- 10. September 2023  
OdF-Gedenken

**Mehr Infos und weitere  
Termine gibt es unter  
[dkp-mv.de/termine](http://dkp-mv.de/termine)**

## **KUNST & KULTUR**



„Was rot war“ beschreibt die Freundschaft zwischen zwei Frauen, deren Weg sich in der damaligen Kommunistischen Partei Italiens kreuzt. Als Genossinnen und Freundinnen erleben sie patriarchale Strukturen auch in einer fortschrittlichen Partei und rebellieren dagegen an. Umrahmt wird dies durch die autobiografischen Stücke des Autors, der Sohn einer der Hauptfiguren ist.

## **IMPRESSUM**

Deutsche Kommunistische  
Partei Rostock  
c/o Deutsche Kommunistische  
Partei - Parteivorstand  
Hoffnungsstraße 18  
45127 Essen

Web: [www.dkp-mv.de](http://www.dkp-mv.de)

Mail: [info@dkp-mv.de](mailto:info@dkp-mv.de)  
Mail: [rostock@dkp-mv.de](mailto:rostock@dkp-mv.de)

Auflage: 1.000 Stk.  
Satz: Roth  
Fotos: Lizenzfrei

V.i.S.d.P.: W. Richter  
c/o DKP Parteivorstand  
Hoffnungsstraße18  
45127 Essen

